

Absage an Schönrechner

Schüler kritisieren Lehrstellenkatastrophe

Angesichts des Ausbildungsnotstandes haben die BundesschülerInnenvertretung (BSV), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Berlin-Brandenburg und SPD- Fraktionsvorsitzender Rudolf Scharping am Mittwoch die Einführung einer solidarischen Ausbildungsabgabe gefordert. »Nach wie vor sind Zehntausende Jugendliche in der Bundesrepublik unversorgt«, kritisierte Christian Tedjasukama von der BSV in Bonn. Auch für eine Reform der beruflichen Bildung sprach sich der BSV aus und erteilte »Schmalspurausbildungen und dem Abbau von Azubi Rechten und - Vergütungen« ebenso eine Absage wie den Versuchen, die Berufsschulzeiten zu verkürzen und an den Unternehmensinteressen zu orientieren. Wegen zunehmender Massenarbeitslosigkeit und materieller Abhängigkeiten gerade von Jugendlichen fordert der BSV eine soziale Grundsicherung.

Der DGB Berlin-Brandenburg erklärte, mit 19 331 zum Ausbildungsbeginn nicht vermittelten Jugendlichen in der Region sei der Ausbildungsnotstand nicht mehr »schönzurechnen«. Nur noch 21 Prozent aller Betriebe bilden nach DGB-Angaben in Berlin-Brandenburg aus. Ausdrücklich begrüßt wurde der »Gesetzentwurf zur Finanzierung der Berufsausbildung«, den die SPD-Fraktion am 9. Oktober in den Bundestag einbringen will.

Die SPD forderte am Mittwoch in Bonn die Bundesregierung auf, sich der Einführung der Ausbildungsplatzabgabe nicht entgegenzustellen. Den entsprechenden Gesetzentwurf hatte die Bundestagsfraktion am Dienstag abend mit nur zwei Gegenstimmen beschlossen. Danach sollen Betriebe, die nicht ausbilden, eine Abgabe bezahlen. Unternehmen mit überdurchschnittlichem Ausbildungsanteil sollen einen Bonus erhalten.

(jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/1825.absage-an-schönrechner.html>